

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Zuschauer der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Bei der Abgabe einzelner Nummern
kann man sich bei der Redaction nicht
verbinden.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Anzeigen:
Otto Stern, Universitätsstr. 22,
Sondelstraße, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ausgabe 16.000.

Abonnementpreis viertelj. 4 1/2 Rtl.,
incl. Fracht 5 Rtl.,
durch die Post bezogen 6 Rtl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 50 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.

Einzelne 5 Pf. Beilage 20 Pf.
Gedruckte Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Neuigkeiten unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Anzeigen sind stets an d. Expedition
zu senden — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptemando
oder durch Postnachschuß.

№ 68.

Donnerstag den 12. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Holzauktion.

Donnerstag, den 12. Februar c. sollen im Forstreviere Rosenthal
I. von Vormittags 9 Uhr ab 24 eichene, 3 rüsterne, 1 buchene und 1 erlerter Kugels
gegen die übliche Anzahlung und
II. von Vormittags 11 Uhr an 4 Raumbühnen eichene Kugelscheite,
sowie
75 Rmtr. eichene, 4 Rmtr. buchene, 2 Rmtr. eichene, 1 Rmtr. birchene und 1 Rmtr. asperne
Brennscheite
und 23 Haufen Braumreisig
gegen sofortige Barzahlung an Ort und Stelle und unter den im Termine öffentlich ausgehangenen
Bedingungen an den Reichthenden verkauft werden.
Zusammenkunft: Vormittags 9 und 11 Uhr an der Leibnizbrücke am Rosenthal.
Leipzig, am 7. Februar 1880.

Des Reichs Forstdeputation.

Fischerarbeiten.

Die Fischerarbeiten zur inneren Einrichtung des neuen Laubstummel-Institutgebäudes sollen im
Wege der Submission, vorbehaltlich der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.
Die Herren Gewerke, welche sich hierbei betheiligen wollen, können Anschlagformulare im Rentamt
in Empfang nehmen und haben solche mit den Preisen auszufüllen, verpackt und überschrieben
„Fischerarbeiten für das Laubstummel-Institut“
bis zum 19. Februar d. J., Abends 6 Uhr anher einzureichen.
Leipzig, am 10. Februar 1880.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Rugholz-Auktion.

Freitag, den 13. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr ab im Forstreviere Connewitz auf dem
Mittelwaldfeld, Abtheilung 49,
ca. 68 eichene, 104 weißbuche, 8 ahorne, 11 maßholzerne, 9 eichene, 36 rüsterne,
23 eichene und 4 lindene Kugelscheite,
47 eichene Scherhölzer,
500 eichene Hebeboome und
75 eichene Schuppenstücke
an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung
an den Reichthenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Rotte an der nassen Miede und dem Sonnenweg.
Leipzig, am 29. Januar 1880.

Bekanntmachung.

Auf dem nördlichen Friedhof hier ist der Hauptweg zu macadamisiren und sollen die damit verbundenen
Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, Zimmer Nr. 18, aus und
können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind verpackt und mit der Aufschrift
„Macadamisirung im nördlichen Friedhof betreffend“
versehen ebendasselbst und zwar bis zum 19. Februar d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 8. Februar 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Herr von Puttkamer und das Centrum.

Es war eine heisse Schlacht, welche um den
preussischen Cultusetat entbrannt war, die Wogen
der Leidenschaft stiegen so hoch wie nur je, und
man glaubte sich in die Zeit zurück-
versetzt, in welcher der Reichskanzler das geflügelte
Wort „Nach Canossa gehen wir nicht!“ dem Cen-
trumsläuten entgegen donnerte. Heute haben die
mehrschüssigen Debatten ihren Höhepunkt überschrit-
ten und nähern sich ihrem Ende. Die stürmischen
Scenen, an denen sie so reich gewesen, legen den
Beweis ab, daß die Erregung, welche die kirchen-
und schulpolitischen Fragen hervorbrachten, noch
keinerseits abgeklungen ist. Das Centrum kämpfte
noch immer mit den alten Waffen des Aufschlusses,
des Fanatismus und Hasses und steigerte wo mög-
lich noch das Hüisische seiner Angriffe gegen
politische Gegner. Die Persönlichkeit des jetzigen
Leiters des preussischen Cultusministeriums legte
allerdings dem Centrum gegen früher eine
etwas veränderte Taktik auf. Die Angriffe rich-
teten sich mehr gegen die Hinterlassenschaft seines
Vorgängers, die Schöpfungen, die Traditionen und
zum Theil auch noch die Personen der Fall'schen
Ära, während dem derzeitigen Minister ab und zu
das Vertrauen in seine eigenen Absichten und
Grundsätze bezeugt und ihm nur der Vorwurf ge-
macht wurde, sich aus dem Banne des Ueberliefer-
ten nicht kräftig genug befreien zu können. Gleich-
wohl muß Herr v. Puttkamer, wenn auch seine
Person von Seiten des Centrum's mit möglicher
Schonung behandelt worden, bei Einsicht gekommen
sein, daß eine Verständigung mit dem jetzt wieder
zu Tage tretenden Tendenzen für einen preussischen
Staatsmann ein Ding der Unmöglichkeit ist.
Der Minister hat, wenn er auch sonst das
Vertrauen des Centrum's durch möglichste
Entgegenkommen zu erwidern sich bemühte, doch
den fundamentalen Grundfragen festgehalten, daß
die Ordnung der kirchenpolitischen Verhält-
nisse in Preußen, die Grenzziehung zwischen
Staat und Kirche nur auf dem Boden der staat-
lichen Gesetzgebung möglich sei. Er hat damit
einen Grundsatze aufgestellt, den die katholische Kirche
durchaus nicht anerkennen und bei dessen Aufrecht-
erhaltung der Conflict höchstens eine minder schroffe
Form annehmen, nimmermehr aber principieel ge-
löst werden wird. Die Andeutungen des Ministers
über die Aussichten der Verständigung mit Rom
langen denn auch keineswegs so, als ob ein naher
Friedensschluß zu erwarten wäre; man konnte
eher den Eindruck gewinnen, als ob die Verhand-
lungen bereits gescheitert und aufgegeben seien,
und das Auftreten des Centrum's ließ auch sicher-
lich nicht darauf schließen, daß die Verständig-
ungsversuche an einem erfolgversprechenden Punkte
angelangt sind und eine Verschärfung des
Conflict's auf alle Weise vermieden werden
solle. Je schwächer die Position des Herrn von
Puttkamer erschien, der in diesen Verhandlungen
zur Erkenntnis kommen mußte, daß er trotz aller
Nachgiebigkeit mit den Bestrebungen des heutigen
Ultramontanismus sich nicht zu verständigen ver-
möge, daß derselbe aus jedem Augenblicke nur
immer Antriebe zu weiterschreitenden Ansprüchen
schöpfen werde, um so klarer, einfacher und sieg-
reicher war die Nachsicht und Beweisführung des
Abg. Dr. Hoff. Herr Hoff hatte wiederholt
dem Anbringen seiner Freunde, welche ihn schon
bei anderen Gelegenheiten zum Sprechen veran-
lassen wollten, widersprochen, zum Theil aus
politischen und gewiss durchaus richtigen Er-
wägungen, zum Theil aber auch wegen seiner stark
erschütterten Gesundheit, welche Aufregung, wie
es heißt, nicht gestattet. Nachdem aber seine
Gegner zwei Tage lang Sturm gegen ihn
gelaufen, konnte er nicht mehr schweigen. Wie

die Angriffe sich gegen die Person richteten, so
schien auch die Vertheidigung einen persönlichen
Charakter zu haben; wir sagen: sie schien; denn
in Wirklichkeit hatte sie ihn nicht; selbst wenn der
Redner es nicht ausdrücklich erwähnte, mußte für
jeden objectiven Hörer aus seinen Ausführungen
hervorgehen, daß es ihm nicht um die eigene Person
zu thun war, sondern um die Principien, die er als
Minister vertreten, und um die breiten Schichten der
gebildeten Bevölkerung, welche damals zu ihm standen.
War Hoff's Rede eine Rede pro domo, so war sie
es im besten Sinne des Wortes; es war eine Rede,
welche die Bergeshöhle und die Schwankend-
gewordenen unter seinen früheren Anhängern
wiedergewonnen haben muß für die Ideen, deren
Vertreter in der preussischen Staatsregierung er
gerne war. Wen die Darlegungen des Herrn
Hoff von der Wichtigkeit des von ihm inaugurierten
Systems noch nicht überzeugt haben, den wird der
weitere Verlauf dieses Kampfes, wenn er den aus
den jüngsten Verhandlungen geschöpften Eindrücken
entspricht, überzeugen. Denn wenn selbst zwischen
den Bestrebungen des jetzigen Cultusministers und
den Ansprüchen des Centrum's eine tiefe Kluft be-
steht, und der Weg zu einer Ueberbrückung der-
selben auch von ferne nicht erkennbar ist, dann
wird wohl überhaupt Niemand mehr den Versuch
machen, sich mit diesen Ansprüchen zu verständigen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 11. Februar.

Die auswärtigen Beziehungen des Reiches
sind bei der Bedeutung der parlamentarischen
Lage fast gänzlich aus der politischen Discussion
verschwinden und Aller Augen sind auf die Eröff-
nung des Reichstages hingewandt. Die Mit-
glieder desselben treffen denn auch nach und nach
in der Hauptstadt ein. Der Norden ist — so
schreibt man uns aus Berlin — einstuellen in
ausgeprägter Zahl vertreten, als der Süden,
wohl deshalb, weil in Bayern, Württemberg und
Baden noch die Landtage verlaufen sind. Wenn
daher angenommen wird, daß innerhalb der drei
großen Parteien des Reichstages gewisse Reorganisa-
tions- und taktische Fragen schon in der nächsten
Woche zum Austrage gelangen dürften, so entbehrt
dies der Begründung. Gewiß ist jedoch, daß es an
Anregungen nicht fehlt, jene Differenzen zu beseitigen,
die sich in den letzten Wochen innerhalb einiger
Parteien geltend gemacht haben. Nach den uns
zuletzten Informationen betheiligte sich der
Reichskanzler, der an Stelle des Kaisers den
Reichstag eröffnen wird, weder direct noch indirect
an den inneren Gestaltungen der Parteien und es
ist anzunehmen, daß zwischen ihm und einigen Frac-
tionsführern Conferenzen stattgefunden haben. Trotz-
dem keine greifbaren Anhaltspunkte für eine Ver-
schönerung der Parteiverhältnisse im Reichstage vor-
handen sind, wollen die Gerüchte über einen Zer-
setzungsproceß dieser oder jener Partei nicht ruhen,
und conservative Organe haushen einzelne Reue-
rungen vorübergehenden Unmuths über die allge-
meine Lage zu großen Aktionen auf. Es darf ver-
sichert werden, daß innerhalb der liberalen Frac-
tionen kein Anlaß vorhanden ist, um durch
Spaltungen die Geschäfte der Conservativen zu
beengen.

• Berlin, 10. Februar. Das Abgeordneten-
haus setzte heute die Beratung des Cultusetats
fort. Zum Etat der höheren Schulen wurde eine
Reihe localer Wünsche vorgetragen, deren Berücksich-
tigung seitens der Regierung in den meisten Fällen
zugestimmt wurde. Der Abg. Kantel, der sich über
die Anstellung mehrerer evangelischer Lehrer am
katholischen Mariengymnasium zu Posen beschwerte,
wurde jedoch auf eine sal. Cabinetsordre von 1846
hingewiesen, welche der Regierung diese rechtliche
Befugnis einräumt. Abg. Zimmermann nahm

die Schulverwaltung der Stadt Berlin, welche mehr
für ihr Schulwesen leiste als irgend eine andere
Commune, gegen früher erhobene Vorwürfe in Schutz
und beanspruchte größere Staatszuschüsse für das
Schulwesen der Hauptstadt. Abg. v. Subel nahm
für alle Gymnasien und höheren Lehranstalten den
paritätischen Charakter in Anspruch, was Abg. Wind-
thorst bestritt. Bei dem Etat der höheren Mädter-
schulen kam zwischen den Abg. Röderath, Richter,
Windthorst u. A. und dem Cultusminister noch-
mals die Einigkeit Schulangelegenheit bezw. die Frage
des katholischen Religionsunterrichts an den dortigen
Mädterschulen zur Verhandlung. Bei dem Capitel
„Elementarunterrichtswesen“ sagte Abg. Berger über
das rapide Umsichgreifen des Unschulden, dessen
Schuld er in den pädagogischen Missethäten unserer
Zeit und dem Streben nach einer fehlerhaften moder-
nen Bildung erblickt.

Die Verwaltungskommission hat in ihrer
jetzigen Abhandlung die zweite Sitzung begonnen.
Die „Dannoverische Frage“ wurde mit 10 gegen
8 Stimmen dahin entschieden, daß alle sechs Land-
rechtstheile als Regierungsbezirke bestehen bleiben
sollen. Die Forderungen Dannovers sind somit in
der Commission zum Durchbruch gelangt, allerdings
nur mit einer geringen Majorität, die auf ein ana-
loges Verhältnis bei der Abstimmung im Hause
schließen läßt. Mitglieder der Minorität der Commis-
sion machten bei dieser Gelegenheit geltend, daß die aus
Dannover kommenden Delegationen nicht ein so maßgebendes
Gewicht zu legen sei, und lehnte die Ansicht ab, daß
ein entgegengelegter Beschluß im Lande selbst eine
Verstärkung der Gemüther hervorruft würde. Bei
§. 7 kam die Commission auf den wichtigsten Punkt
des Gesetzentwurfs, auf die Frage nämlich, ob nach
den Vorschlägen des Herrn v. Bennigsen der Be-
zirksrath und das Bezirksverwaltungsgericht zu einer
Behörde vereinigt werden sollen. Nachdem von der
einen Seite die strenge Gehaltens ausgesprochen worden
waren, welchen die Rechtsprechung ausgeübt sein
würde, wenn der selbständige Bezirksgerichtsdirektor
besteht und dem Regierungspräsidenten als dem
Vorherrschenden des ganzen „Bezirksausschusses“ ein Ein-
fluß auf die Besetzung des Gerichts eingeräumt werden
sollte, wurde von den Freunden der Vereinigung die
Erklärung abgegeben, daß ihr Wunsch zwar nach wie
vor dahin gehe, dem Regierungspräsidenten
sowohl für die Besetzung als für Streitigkeiten den Vorzug
zu sichern, könne dies aber ohne Schädigung der Un-
abhängigkeit des Gerichts nicht erreicht werden, so
würden sie lieber zur Regierungsvorlage zurückkehren.
Herr v. Bennigsen hob dagegen hervor, daß die von
ihm für die Vereinigung aufgestellten und in erster
Sitzung angenommenen Gesichtspunkte von der Sub-
mission nicht richtig gewürdigt worden seien. Auf
seinen Wunsch wurde die Discussion vertagt, damit
er Zeit gewinne, seinen Absichten die legislative Form
zu geben und sie näher zu begründen.

Die Presse verhält sich gegenüber der Recht-
fertigungsschrift des Marineministeriums über das
Unglück von Falkenberg äußerst kühl, in der
sicheren Voraussetzung, daß den Reichstag diese
traurige Angelegenheit beschäftigen wird. In die-
ser im „Marine-Verordnungsblatt“ erschienenen
Darstellung über den Untergang des „Großen
Kurfürsten“ schreibt die „R. Z.“ sehr treffend:
„Worauf es bei dieser Sache so sehr ankommt,
die Gutachten der Havariocommission, der Admirale
Bernier, Gent, Sachmann und Klatt sind voll-
ständig mit Stillschweigen übergegangen, wie wir
das schon früher vermuthet und vorausgesagt
hatten. Wären sie veröffentlicht worden, so würden
sie sehr interessante, bisher fast ganz unbekannt
Thatsachen zu Tage gefördert haben. Nament-
lich dürfte dies dem Gutachten der Havarie-
Commission gelten. Das einzige Unerfreuliche am
ganzen Bericht ist die Klarstellung der Unschuld
des so vielfach angegriffenen und hart beschuldigten
Grafen Monts. Wir glauben nicht, daß der
Reichstag sich mit dieser Darlegung wird begnügen
wollen, da sie durchaus nicht geeignet ist, den
ganzen Verlauf des unglücklichen Processes klar
zu stellen. Die Schrift wird übrigens als „nicht
officiell“ bezeichnet, was uns, da sie im amtlichen

Blatt erschienen und auf Grund der gerichtlichen
Untersuchungsacten bearbeitet ist, nicht ganz klar
erscheint. Jedenfalls geht sie vom Marineminister
aus, und daß sie nun „nicht officiell“ genannt ist,
wird ihr doch den in der Sache begründeten amt-
lichen Charakter nicht nehmen können.“
Daß die Eventualität eines russisch-deutschen
Krieges in militärischen und politischen Kreisen
nicht ins Auge gefaßt, daß sie gelegentlich auch
einmal in der Tagespresse in ernster Weise
erörtert wird, ist selbstverständlich und nicht zu
tadeln. Etwas Anderes ist es aber, wenn, wie
es in einer soeben erschienenen Broschüre: „Der
Feldzug Deutschlands gegen Rußland und
Frankreich in den Jahren 1850 und 1851“ ge-
schehrt, diese Eventualität als bereits eingetreten
aufgefaßt, und der angelegliche Krieg nun histo-
risch geschildert wird. Eine derartige Methode
muß dazu führen, daß sehr ernsthafte Dinge recht
leicht genommen werden. Der Chauvinismus ist
eine dem Deutschen fremde Eigenschaft; wir müssen
daher die in der Broschüre als Siegespreis
gebotenen Annerkionen in Rußisch-Polen wie die
von Frankreich zu zahlenden zwölf Milliarden
Kriegsschuldigung dankend verbiten.

Im Lager der Anhänger des „Zukunft-
staates“ wird die Stimmung nicht eben hoff-
nungsvoll sein, denn, wie bereits telegraphisch ge-
meldet, hat die letzte Sitzung des Bundesraths
diesem und dem Reichstage eine neue Ueber-
raskung gebracht: die Ankündigung eines Geset-
entwurfs wegen Abänderung des Socialisten-
gesetzes. Das Wort „Abänderung“ bezieht sich
offenbar nur auf §. 30 des Socialistengesetzes:
„Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkün-
digung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.“
Da die Vorlage noch nicht im Druck vorliegt, so kann
man nur vermuthen, daß es sich um die Verlängerung
der Gültigkeit des Gesetzes um zwei Jahre handelt.
Der Zeit nach wäre es sehr wohl möglich gewesen,
diesen Gesetzentwurf bis zur nächsten Session juridi-
zulassen; der Reichskanzler scheint aber — wie
eine officiöse Correspondenz betont — von der Er-
wägung ausgegangen zu sein, daß die Wirksamkeit
des Gesetzes beeinträchtigt werden würde, wenn die
Frage, ob die Verlängerung desselben eintreten
würde, bis zur nächsten Session des Reichstages,
also bis nahe an das Ende der geschiedenen Frist
eine offene bleiben sollte. Die socialdemo-
kratische Partei würde ohne Zweifel von dieser
Ungewißheit Nutzen ziehen und unter Hinweis auf
den demnächstigen Ablauf des gesetzlichen Terms die
Agitation mit neuer Kraft wieder aufnehmen. Der
früher angeführte Grund für die Einbringung des
Verlängerungsantrags in dieser Session, daß näm-
lich, im Falle der Reichstag in der Session von
1881 den Antrag ablehnen sollte, die Auflösung
und die Neuwahlen nicht so schnell stattfinden
könnten, daß ein neuer Reichstag die Verlängerung
vor dem 31. März 1881 zu beschließen in der
Lage wäre — dieser Grund erscheint nicht stich-
haltig. Wie die Parteiverhältnisse in dem gegen-
wärtigen Reichstage sind, kann man annehmen,
daß die Majorität, welche im Herbst 1878 das
Socialistengesetz beschlossen hat, die Verlängerung
desselben nicht verweigern wird.

Man schreibt uns aus Cassel am Dienstag:
„Ueber den Gang der Vergleichsverhandlungen mit
den hessischen Agnaten sind neuerdings wider-
sprechende Mittheilungen durch die Presse gegangen,
so daß eine Erläuterung hierzu wohl am Platze
sein dürfte. Die vier hessischen Prinzen und
deren Bevollmächtigte sind in zwei streng gefon-
derte und sich durchaus feindselig gegenüberstehende
Lager getheilt, indem Prinz Wilhelm Forderungen
stellt, welche Preußen nun einmal nicht acceptirt,
und somit bei dem fideicommissarischen Charakter
des in Rede stehenden enormen Vermögens der